

Stoiber kündigt einen Tag nach der Kritik von Arnims Einschnitte bei den Bezügen an
Kabinett soll weniger verdienen

Keine genauen Zahlen — 100 000 Mark steuerfreie Pauschalen des Regierungschefs sind umstritten

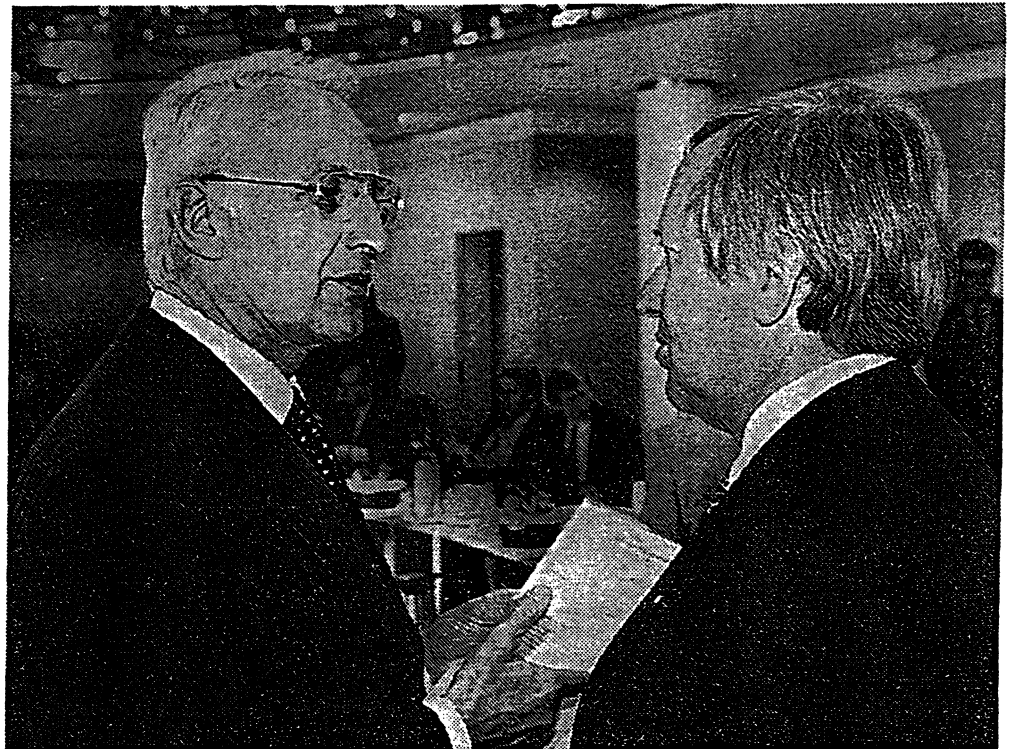
MÜNCHEN (dpa/nm) — Die Minister und Staatssekretäre in Bayern sollen ab der nächsten Legislaturperiode weniger verdienen. Dies kündigte Ministerpräsident Edmund Stoiber einen Tag nach der Kritik des Staatsrechtlers Prof. Hans Herbert von Arnim an den Bezügen der Regierungsmitglieder an.

Im Falle einer erneuten CSU-Staatsregierung sollen laut Stoiber bei der anstehenden Verkleinerung des Kabinetts auch weitere finanzielle Einschränkungen vorgenommen werden. Einzelheiten zu den Sparvorhaben nannte er allerdings nicht.

Die Vorwürfe von Arnims wies die Staatskanzlei scharf zurück. Arnim hatte einen Teil der Bezüge Stoibers als „verfassungswidrig“ bezeichnet. Er kritisierte vor allem zwei steuerfreie Pauschalen von insgesamt knapp 100 000 Mark jährlich.

Stoiber erhält monatlich 28 700 Mark als Regierungschef. Darin ist eine steuerfreie Dienstaufwandsentschädigung von 4500 Mark enthalten. Für Minister betragen die Monatsbezüge rund 25 000 Mark (inklusive 2600 Mark steuerfreie Pauschale). Außerdem stehen sowohl Stoiber als auch den Ministern 50 Prozent der Abgeordnetendiäten (etwa 5000 Mark) sowie 75 Prozent der steuerfreien Aufwandsentschädigung eines Mandatsträgers (rund 3600 Mark) zu.

Finanzminister Erwin Huber erklärte, der Bayerische Verfassungsgerichtshof habe die Verfassungsmäßigkeit der pauschalen Aufwandsentschädigung ausdrücklich bestätigt. Die Amtsbezüge aller Mitglieder der



Regierungschef Stoiber (hier mit seinem Stellvertreter Kultusminister Zehetmair im Kabinettsaal) will mit Sparankündigungen der Kritik an den hohen steuerfreien Pauschalen entgehen. Foto: dpa

Regierung seien per Gesetz festgelegt und für jedermann transparent. Die Kabinettsmitglieder hätten zudem in den vergangenen Jahren Nullrunden hingenommen und die Erhöhung ihrer Bezüge als Sparbeiträge der bayerischen Forschungstiftung zur Verfügung gestellt. Alle Nebeneinkünfte beispielsweise aus Aufsichtsratsmandaten würden vollständig abgeführt.

Auf Protest stießen auch Aussagen Arnims, der Landtag wolle nach den Wahlen am 13. September die Bezüge der Parlamentarier anheben. CSU-Fraktionschef Alois Glück betonte, es gebe keinerlei Pläne zur Änderung der Diätenregelung. „Alle anderen Be-

hauptungen sind infame Unterstellungen.“ Landtagspräsident Johann Böhm (CSU) erklärte, im jetzigen Landtag seien bisher keine solche Überlegungen angestellt worden.

SPD-Generalsekretär Wolfgang Hoderlein kommentierte die Debatte um die Stoiber-Bezüge nicht ohne Häme. Bayern habe die größte Landesregierung, die größte Ministerialbürokratie, zudem eine Staatskanzlei, die größer als das Weiße Haus sei. „Da ist es nur konsequent, wenn sich der bayerische Ministerpräsident auch an die Spitze der Einkommensskala aller Ministerpräsidenten stellt und die CSU-Minister in München mehr verdienen als die Bundesminister.“